

# Presseinformation

Potsdam, 4. Januar 2008

Zu Vorschlägen von Günter Baaske (SPD) für einen Demokratie-Check und zu Verfassungsänderungen erklärt der Sprecher für ein Tolerantes Brandenburg gegen Rechtsextremismus

**Dr. Andreas Bernig:**

Der Vorschlag von Günter Baaske geht in die richtige Richtung. Allerdings haben Rechtswissenschaftler bei der Ergänzung der Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern auf ein Definitionsproblem hingewiesen. Das Problem ist die Unbestimmtheit des Begriffes „extremistisches Gedankengut“. Ich plädiere deshalb für die Aufnahme des Verbotes der Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes in das Grundgesetz und in die Verfassung Brandenburgs. Das ist die Grundlage demokratischen Handelns.